



Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 30. Oktober 2001 Nr. 1156

Energiefonds

Gesamtrevision des Reglements über den Energiefonds

1 Zielsetzung

Mit der Revision des siebenjährigen Reglements über den Energiefonds (sRS 511.2; EFR) soll den veränderten Rahmenbedingungen der Energiepolitik von Bund und Kanton, den energierechtlichen Vorschriften des Strommarkts, aber auch den weiterentwickelten Energietechnologien Rechnung getragen werden. In Ergänzung zu den Massnahmen auf Bundes- und Kantonsebene soll die Stadt weiterhin ein eigenes kommunales Förderungsprogramm anbieten. Der Schwerpunkt soll neu auf Massnahmen zur CO₂-Vermeidung gelegt werden. Ausserdem sollen sog. Mitnahmeeffekte verhindert werden.

2 Ausgangslage

Die Stadt St.Gallen unterhält seit 1994 einen Energiefonds zur finanziellen Förderung von Vorhaben zur rationellen und umweltschonenden Anwendung von Energie, Erzeugung von Energie aus erneuerbaren und bisher nicht genutzten Quellen sowie zur zweckentsprechenden Informations- und Beratungstätigkeit. In den sieben Jahren des Bestehens des bisherigen Energiefonds wurden für 426 subventionswürdige Vorhaben insgesamt rund 3,4 Mio. Franken ausbezahlt; ca. 80 Gesuche sind zur Zeit noch pendent. Gesamthaft wurden aufgrund der Unterstützung durch den Energiefonds Investitionen von beinahe 10 Mio. Franken getätigt.

Die geltenden Rechtsgrundlagen stützen sich auf das städtische Energiekonzept vom 22. Juni 1993. Der heutigen Revision liegt das Kyoto-Klimaprotokoll von 1997 zugrunde, in dem sich die Schweiz verpflichtet hat, bis zum Jahr 2012 den Ausstoss von Kohlendioxid (CO₂) gegenüber dem Emissionsniveau von 1990 um 8 % zu vermindern. Die dazu vorgesehenen gesetzlichen Bestimmungen sind mittlerweile konkretisiert worden. Einerseits wird an die Selbstverantwortung bzw. freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft appelliert, andererseits ist aber für den Fall, dass die CO₂-Reduktionsziele bis zum Jahr 2003 nicht erreicht würden, ein CO₂-Abgabegesetz angekündigt. Um den politisch langwierigen Weg über das CO₂-Abgabegesetz zu vermeiden, versucht der Bund mit dem "Energie2000"-Nachfolgeprogramm "energieschweiz" das energiebewusste Handeln durch finanzielle Anrei-



ze zu fördern. Da die Fördermittel infolge des negativen Volksentscheids vom 23. September 2000 zu den Energievorlagen jedoch stark dezimiert wurden, ist es ohne weitere Unterstützung durch die Kantone und Gemeinden – insbesondere die grossen Städte – erheblich schwieriger geworden, das gesteckte Ziel zu erreichen.

Der Kanton St.Gallen hat mit seinem Energieförderbeschluss ein Förderprogramm für die Jahre 2001 bis 2004 erstellt, das mit insgesamt 3 Mio. Franken thermische Solaranlagen, den Anschluss an mit erneuerbaren Energiequellen betriebene Wärmenetze, den MINERGIE-Standard von Gebäuden sowie – mit Einschränkungen – die Nutzung einheimischen Holzes zur Wärmeengewinnung und einschlägige Marketing-, Informations- und Beratungsaktivitäten fördern soll. Da die Förderbeiträge des Kantons in den einzelnen Massnahmenbereichen diejenigen des geltenden städtischen Energiefonds deutlich unterschreiten, kann das kantonale Programm aber nicht als vollständiger Ersatz des städtischen betrachtet werden. Daher sollte der städtische Energiefonds in Kombination mit dem kantonalen Förderprogramm entsprechend modifiziert weitergeführt werden, so dass er seine Wirkung im gleichen und bewährten Umfang weiterhin entfalten kann.

Ferner hat die Stadt St.Gallen das Manifest der Vereinigung „Klimabündnis der Schweizer Städte“ mitunterzeichnet und sich somit selber verpflichtet, die Reduktion der CO₂-Emissionen im analogen Umfang, wie es für die Schweiz gilt, anzustreben. Wichtige Energieverbrauchsgruppen, namentlich Bauten, Anlagen zur Kühlung und Befeuchtung und mit fossilen Brennstoffen betriebene Energieerzeugungsanlagen, sind rechtlich auf kantonaler Ebene geregelt. Deshalb ist in diesen Bereichen die Einflussnahme mittels direkter städtischer Energiepolitik gering; sie beschränkt sich auf den Energieeinsatz innerhalb der Stadtverwaltung (ESA, HBA, LA, VBSG). Ein politisches Instrument hingegen ist die Schaffung bzw. Erhaltung des Anreizes für die Stadtbevölkerung und für das auf Stadtgebiet befindliche Gewerbe, nicht-erneuerbare, CO₂-produzierende Energie zu sparen bzw. durch erneuerbare zu ersetzen. Immerhin werden auf Stadtgebiet zu Heiz- und Warmwasserzwecken jährlich 400'000 Tonnen CO₂ emittiert (vgl. Umweltbericht 2000, Seite 38).

In den letzten Jahren sind allerdings zunehmend sogenannte Mitnahmeeffekte zu verzeichnen. Genau diejenigen Technologien, die gefördert und auch genutzt wurden, haben nicht zuletzt durch die Förderung selbst Marktreife erlangt und sich auf dem Markt etabliert. Sie stellen heute valable Alternativen zu konventionellen Anlagen dar und sind daher nicht mehr in der ursprünglichen Form förderwürdig. Dies führt zu der heute unbefriedigenden Situation, dass Beiträge für Massnahmen eingeholt werden, die auch ohne Förderung realisiert worden wären. Dies war in den letzten Monaten insbesondere bei pauschal geförderten Massnahmen (z.B. Luftwärmepumpen) zu beobachten. Diese Entwicklung widerspricht dem Sinn und Zweck des Energiefonds. Sie war auf der Basis des geltenden EFR aus verfahrensrechtlichen Gründen – insbesondere wegen des Prinzips der Pauschalförderung – aber nicht zu verhindern. Die Revision soll hier Abhilfe schaffen.



3 Vorgesehene Neuerungen

Am Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Energie soll sich beim neuen Energiefonds nichts ändern. Er soll sich aber nicht mehr schwergewichtig an der rationellen Nutzung und Gewinnung von elektrischer Energie orientieren. Die hohe Gewichtung von Elektrizität führte dazu, dass die davon betroffenen Massnahmenbereiche (z.B. der Ersatz von rein elektrischen Heizungen und Warmwassererzeugungsanlagen) unverhältnismässig stark gefördert wurden, obwohl der Anreiz, von reinen Elektroheizungen abzugehen, schon durch die relativ hohen Energiepreise gegeben ist. Hier führte die Förderung am deutlichsten zum erwähnten Mitnahmeeffekt.

Der neue Energiefonds wird sich schwergewichtig auf die Vermeidung von CO₂-Emissionen konzentrieren. Er orientiert sich dabei an der veränderten Situation in der nationalen Energie- und Klimapolitik, am neu lancierten Förderprogramm „energieschweiz“ des Bundes, an den neuen energierechtlichen Bestimmungen und am Förderprogramm des Kantons. Zudem werden die Fortschritte beim Stand der Technik und der Marktreife der verfügbaren Produkte berücksichtigt.

Es soll deshalb nur noch ein Anwendungsbereich gefördert werden, nämlich Massnahmen an Gebäuden und Anlagen im Zusammenhang mit dem Heizen und der Warmwasseraufbereitung. Dazu gehören die Wärmedämmung an bestehenden Bauten sowie technische Einrichtungen, die CO₂-neutrale Energie zum Heizen oder zur Warmwasseraufbereitung liefern oder den Einsatz von nicht erneuerbaren, CO₂-relevanten Energieträgern reduzieren helfen. Als CO₂-neutrale erneuerbare Energieträger werden Solarenergie, Geothermie, Wasser- und Windkraft anerkannt. Weil die Bereiche Beratung, Ausbildung und Information in der Regel ohnehin in Zusammenarbeit mit der mit dem Vollzug des EFR beauftragten Dienststelle durchgeführt wurden, sollen sie in Zukunft nicht mehr über den Energiefonds, sondern über ein spezielles Konto dieser Stelle budgetiert und abgerechnet werden.

Ausserdem sollen nur noch Massnahmen an bestehenden Bauten und Anlagen gefördert werden. Einerseits gelten für Neubauten ausreichende gesetzliche Regelungen, andererseits ist der Einsatz des neueren Stands der Technik bezüglich der CO₂-Thematik in der Regel auch wirtschaftlich besser vertretbar, so dass hier keine Anreize mehr nötig sind. Für bestehende Bauten oder Anlagen, insbesondere solche, für die keine Änderungs- oder Erweiterungsvorhaben anstehen und die darum keiner Sanierungspflicht unterstehen, ist hingegen oft ein gewisser Anreiz als Auslösemoment für Massnahmen nötig.

Daraus folgt auch, dass die Wirkung der Massnahme ausschliesslich auf der Basis eines bestehenden effektiven Zustandes und nicht eines zu Vergleichszwecken dienenden, theoretischen Zustandes berechnet werden kann. Dies lässt auch zu, dass der Förderbeitrag nicht mehr pauschal, sondern aufgrund einer Berechnung der effektiven CO₂-Einsparung festgelegt werden kann.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist weiterhin mit einem jährlichen Beitragsvolumen von maximal Fr. 300'000.– zu rechnen. Dies entspricht etwa zwei Dritteln der aktuellen Jahresfördermittel, obwohl die Förderbeiträge im Durchschnitt für die verbleibenden Massnahmen-



bereiche gleich bleiben oder zum Teil sogar verbessert werden. Diese Reduktion ist Folge der geänderten Rahmenbedingungen, u.a. der Vermeidung von Mitnahmeeffekten.

4 Erläuterungen zu einzelnen Bestimmungen

Artikel 1: Der Zweckartikel beinhaltet ausdrücklich die Neuausrichtung auf die Vermeidung von CO₂-Emissionen.

Artikel 2: Bis zur definitiven Entscheidung über den Status der sgsw soll die bisherige Finanzierungsart des Energiefonds bestehen bleiben, wobei die maximale Einlage aufgrund des tieferen Bedarfs von 2 % auf 1/2 % des budgetierten Ertrags reduziert wird. Sofern die Ansprüche grösser sind als die Einlagen, hat der Stadtrat nach Art. 10 Abs. 2 die Möglichkeit, Höchstbeträge festzulegen. Allfällige Anpassungen werden im Rahmen eines Nachtrags im Zusammenhang mit den Anpassungen der rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Ausgliederung der sgsw vorgenommen werden.

Artikel 3: Die allgemeinen Voraussetzungen für die Förderung von Vorhaben wurden inhaltlich vom geltenden EFR übernommen.

Artikel 4: Dieser Artikel konkretisiert die Zweckbestimmung des Reglements. Es sollen nur Massnahmen gefördert werden, welche über die gesamte Lebensdauer der Massnahme eine CO₂-reduzierende Wirkung entfalten. Bagatellmassnahmen, welche eine minimale energetische Wirkung nicht erreichen und damit weder einen erheblichen Investitionsaufwand noch eine angemessene Energie- bzw. CO₂-Einsparung zur Folge haben, bleiben – wie bisher – ausgeschlossen.

Artikel 5: Dieser Artikel konkretisiert die Massnahmenbereiche, die aufgrund der Zweckbestimmung des Reglements nach heutigem Wissenstand förderungswürdig sind. Die Aufzählung ist abschliessend. Werden mehrere EFR-relevante Massnahmen im Rahmen einer Sanierung getroffen (z.B. zur Erreichung des MINERGIE-Standards), so führt dies in der Regel zu einer gegenseitigen Beeinflussung in Bezug auf die CO₂-reduzierende Wirkung. Daher müssen die gegenseitigen Einflüsse mittels einer Grobanalyse berücksichtigt werden.

Artikel 6: Vergleiche die Ausführungen auf Seite 3

Artikel 7: Die Kompetenzen für die Zusprechung von Beiträgen bleiben unverändert.

Artikel 8: Beiträge werden aus Gründen der möglichst vereinfachten Vollzugspraxis und der steigernden Förderwirkung zum Investitionszeitpunkt ausschliesslich in der Form einmaliger Zahlungen ausgerichtet.

Artikel 9: Die neue Berechnungsart der Beiträge führt dazu, dass Massnahmen, die bis anhin schon spezifisch nach der eingesparten Energiemenge gefördert wurden, ungefähr im gleichen Umfang weiter gefördert werden. Hingegen können sich bei Massnahmen, die bis anhin pauschal gefördert wurden, grosse Änderungen ergeben. Hochwirkungsvolle und bezüg-



lich Sonneneinstrahlung günstig ausgerichtete Anlagen werden zukünftig mehr, wenig effiziente und ungünstig installierte weniger gefördert werden.

Die Höhe des sogenannten Basisbeitragssatzes soll variabel sein und daher durch den Stadtrat festgesetzt werden können, da sich die CO₂-Vermeidungskosten verändern können, insbesondere aufgrund fortschreitender Technologien.

Artikel 10: In Weiterführung des geltenden Rechts wird von der Gesuchstellerschaft mindestens dasselbe finanzielle Engagement verlangt, wie es vom Energiefonds zu leisten ist. Dies entspricht der üblichen Subventionspraxis, auch in anderen Bereichen. Aus finanzpolitischen, aber auch aus technischen und praktischen Gründen sollen Massnahmen höchstens bis zu einer durch den Stadtrat festzulegenden Obergrenze gefördert werden. Um zu verhindern, dass nicht vorhersehbare Grossprojekte den Energiefonds übermässig belasten, kann der Stadtrat pro Massnahmenbereich Höchstbeiträge festlegen.

Artikel 11: Existieren anderweitige Förderinstrumente für die aufgeführten EFR-Massnahmenbereiche, so ist die Inanspruchnahme, d.h. die ordnungsgemässe Einreichung entsprechender Gesuche an diese Institutionen, eine Voraussetzung für die Förderung durch den Energiefonds. Zugesprochene, aber auch nicht beanspruchte oder aufgrund eines ordnungswidrigen Verhaltens der Gesuchstellerschaft abgelehnte externe Fördermittel werden in jedem Fall in Abzug gebracht.

Artikel 12: Als Voraussetzung, dass entsprechende Massnahmen gefördert werden, konnten schon bisher Auflagen gemacht werden. Neu sollen auch Auflagen möglich sein, die bezwecken, dass zumutbare und verhältnismässige Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs getroffen werden. Zum Beispiel soll der Zustand von Bauten oder Anlagen, die einen gegenüber dem Stand der Technik unverhältnismässig hohen Energiebedarf aufweisen, verbessert oder saniert werden, bevor Massnahmen zur Energieproduktion gefördert werden. Dies betrifft ganz besonders die Wärmedämmung von Altbauten, an denen Wärmedämm-Massnahmen ebenfalls durch den Energiefonds gefördert werden.

Artikel 13: Unter den Gründen, warum ausgerichtete Beiträge zurückgefordert werden können, wird neu ausdrücklich auch die Verletzung von Auflagen erwähnt.

Artikel 14: Zur Vereinfachung der Verfahrenspraxis werden zugesicherte Fördermittel in der Regel nur noch für ein Jahr nach Rechtskraft der zusprechenden Verfügung verfügbar gehalten. Dies entspricht der Praxis von Bund und Kanton. Die zuständige Stelle kann auf die Geltendmachung der Verjährung verzichten, was insbesondere in den Fällen relevant ist, die aus projekttechnischen Gründen eine längere Frist benötigen.

Für die Rückforderung von Beiträgen ist eine etwas längere Verjährungsfrist vorgesehen. Dies ist darin begründet, dass der zuständigen Stelle Gelegenheit gegeben werden soll, beim Beitragsempfänger darauf hinzuwirken, dass dieser den Grund für die drohende Rückforderung beseitigt.



5 Anträge

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Es wird ein neues Reglement über den Energiefonds gemäss Beilage erlassen.
2. Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 7 Ziff. 1 GO dem fakultativen Referendum.

Der Stadtpräsident:

Christen

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:

Linke

Beilage:

Entwurf für ein neues Reglement über den Energiefonds

